



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail an:
chantal.perriard@sem.admin.ch
vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch

Basel, 16. November 2021

Regierungsratsbeschluss vom 16. November 2021

Vernehmlassung zur Übernahme der Verordnung (EU) 2021/1148 zur Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik im Rahmen des Fonds für integrierte Grenzverwaltung (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 11. August 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum im Be-
treff erwähnten Geschäft zukommen lassen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass der Kanton Basel-Stadt die Übernahme der Verordnung (EU) 2021/1148 und die damit verbundene Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik begrüsst. Auch wir erachten die Kontrolle der Aussengrenzen des Schengen-Raums als wichtig, erwarten vom Bund aber, dass sich dieser für die ausnahmslose Einhaltung der Grundrechte bei allen Einsätzen von Frontex einsetzt.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin